



Leseprobe aus Novy, Bärnthaler und Prieler, *Zukunftsfähiges Wirtschaften*,
ISBN 978-3-7799-7556-4 © 2023 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7556-4](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7556-4)

Inhalt

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	9
Einleitung: Zukunftsfähiges Wirtschaften – Denken, Verstehen und Handeln in Zeiten grundlegender Veränderung	11
Teil 1: Multiperspektivität in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft	17
1. Gegenwärtige Transformationen	17
1.1. Eine Welt in Transformation	17
1.2. Transformationen gestalten	19
2. Perspektiven als „Brillen“	25
2.1. Theorieschulen in der Ökonomik	27
2.2. Sozioökonomik	38
2.3. Theorien und Messungen eines guten Lebens	46
3. Wirtschaftspolitische Leitbilder	56
3.1. Das marktliberale Leitbild	58
3.2. Das Leitbild des Wohlfahrtskapitalismus	61
3.3. Das Leitbild des Postwachstums	64
3.4. Zusammenfassung	67
4. Gesellschaft und Macht	70
4.1. Klassen und Milieus	70
4.2. Macht	74
5. Zwischenfazit	78
5.1. Die Grenzen der Multiperspektivität	78
5.2. Die Kunst des Abwägens	80
Teil 2: Sozioökonomische Grundkonzepte	83
6. Sozioökonomische Grundkonzepte	83
6.1. Staat	83
6.2. Demokratie	85
6.3. Geld	88
6.4. Markt	91
6.5. Unternehmen	92
6.6. Innovation	94

6.7. Arbeit	97
6.8. Gesellschaftliches Naturverhältnis	99
Teil 3: Die Welt im Umbruch – eine Vielfachkrise	101
7. Globalisierung im Umbruch	101
7.1. Eine kurze Geschichte der westlichen Vorherrschaft und des Wiederaufstiegs Asiens	102
7.2. Weltwirtschaftsordnung	105
7.3. Technologie, Infrastrukturen und Energieträger	112
7.4. Internationale Geldordnung und Finanzmärkte	116
7.5. Zusammenfassung: die drei Phasen weltwirtschaftlicher Entwicklung	122
8. Gesellschaft im Umbruch	123
8.1. Eine kurze Geschichte von globaler Ungleichheit, Migration und Entwicklung	125
8.2. Eine kurze Geschichte von Gleichheit und Emanzipation im globalen Norden	129
8.3. Politik gesellschaftlicher Umbrüche	137
9. Natur im Umbruch	151
9.1. Eine kurze Geschichte einer menschenfreundlichen Mitwelt	152
9.2. Vielfältige ökologische Krisen	154
9.3. Politik und Wissenschaft zur Stabilisierung nicht-nachhaltiger Strukturen	165
Teil 4: Wege zum zukunftsfähigen Wirtschaften	177
10. Ziele, Maßnahmen und Akteure zukunftsfähigen Wirtschaftens	177
10.1. Ziele	177
10.2. Maßnahmen	179
10.3. Akteure	190
10.4. Fazit für zukunftsfähiges Wirtschaften	194
11. Strategien im Umgang mit aktuellen Herausforderungen	198
11.1. Aktuell vorherrschende Strategien: liberaler Globalismus und nationaler Kapitalismus	198
11.2. Mehrebenen-Transformation	203
Stichwortverzeichnis	217
Referenzen	221

Vorwort

Die erste Auflage von „Zukunftsfähiges Wirtschaften“ erschien 2020 als kleine Einführung für interessierte Fachfremde, auch eingesetzt in der universitären Lehre und der Erwachsenenbildung. Als „Reiseführer durch die sozioökonomische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, wie Franz Baumann seine Rezension unseres Buches betitelte, ist es ein Plädoyer für Neugier und Weltoffenheit, das Impulse liefert, wie in einer komplexen Welt verantwortungsbewusst gehandelt werden kann. Gleichzeitig vertiefte sich in wissenschaftlichen Debatten das Unbehagen, dass die Wissenschaft nicht ausreichend imstande ist, einen Beitrag zur Bearbeitung der gegenwärtigen Herausforderungen zu leisten – v. a. der Klimakrise, des erodierenden sozialen Zusammenhalts und der zunehmenden geopolitischen Konflikte. Insbesondere Fragen der Macht bleiben oftmals unterbeleuchtet. Aus den resultierenden Debatten haben wir viel gelernt – in Forschung und Lehre, im analytischen Verständnis und in der didaktischen Aufbereitung. Problemstellungen, Argumente und Erklärungen wurden geschärft, vertieft, weiterentwickelt und klarer kommuniziert.

Weil sich also in den letzten drei Jahren nicht nur die Welt, sondern auch unsere Weltsicht verändert hat, wurde es notwendig, an einer Neuauflage zu arbeiten. Veronika Heimerl, Koautorin der ersten Auflage, hat mittlerweile die Universität verlassen und ist deshalb aus dem Team ausgestiegen. Wir bedanken uns bei ihr für die jahrelange gute Zusammenarbeit. Gleichzeitig hat Magdalena Prieler, bis 2022 Forschungsassistentin an der Wirtschaftsuniversität Wien, das Team verstärkt. Zu dritt haben wir rasch begonnen, das Thema radikal neu zu denken und dabei „keinen Stein auf dem anderen zu belassen.“ Die zweite Auflage ist nun eine grundlegend überarbeitete und weitgehend neu verfasste Version. Zukunftsfähiges Wirtschaften stellt sich in dieser zweiten Auflage ausdrücklich den Herausforderungen der sozialökologischen Transformation, d. h. den Gefahren und Chancen der gegenwärtigen grundlegenden Veränderungen.

Wir bedanken uns bei den Rezensenten der ersten Auflage, insbesondere Franz Baumann und Michael Soder. Weiters bedanken wir uns für hilfreiches Feedback zu dieser zweiten Auflage bei Ernest Aigner, Ulrich Brand, Jonas Bunte, Anna Lena Buchleitner, Hauke Dannemann, Michael Deflorian, Corinna Dengler, Nora Dornis, Jürgen Essletzbichler, Christian Fridrich, Michael Getzner, Barbara Haas, Laura Haberfellner, Karin Heitzmann, Birgit Hollaus, Wolfgang Looss, Michael Miess, Leonhard Plank, Werner Raza und Michael Soder. Und schließlich gilt unser Dank den zahlreichen Studierenden, die uns mit ihren Fragen zwangen, genauer zu argumentieren.

Abkürzungsverzeichnis

APCC	Austrian Panel for Climate Change, „Österreichischer Klimarat“
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
CETA	EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement, Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada
COP	United Nations Climate Change Conference, UN-Klimakonferenz
EGD	European Green Deal, Europäischer Grüner Deal
ETS	Emissions Trading System, Emissionshandelssystem
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
EZB	Europäische Zentralbank
FDI	Foreign Direct Investment, ausländische Direktinvestitionen
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
HDI	Human Development Index, Index menschlicher Entwicklung
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ILO	International Labour Organisation, Internationale Arbeitsorganisation
IPBES	Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, Weltbiodiversitätsrat
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change; Weltklimarat
ISDS	Investor-State Dispute Settlement, Investor-Staat Streitbeilegungsinstitutionen
IWF	International Monetary Fund, Internationaler Währungsfonds
NAFTA	North American Free Trade Agreement, Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NATO	North Atlantic Treaty Organisation, Nordatlantische Vertragsorganisation
NDCs	Nationally Determined Contributions, Nationale Klimabeiträge
NGO	Non-Governmental Organisation, Nichtregierungsorganisation
NPO	Non-Profit Organisation, nicht gewinnorientierte Organisation
SDGs	Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung
THG	Treibhausgase
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

UNHCR	UN Refugee Agency, Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNO	United Nations Organisation, Organisation der Vereinten Nationen; kurz: UN
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der deutschen Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen
WHO	World Health Organisation, Weltgesundheitsorganisation
WTO	World Trade Organisation, Welthandelsorganisation

Einleitung: Zukunftsfähiges Wirtschaften – Denken, Verstehen und Handeln in Zeiten grundlegender Veränderung

Wir stellen dieses Buch als zweite, grundlegend überarbeitete und deutlich erweiterte Auflage 2023 fertig, inmitten eines Krieges auf dem europäischen Kontinent, gegen Ende einer Pandemie und angesichts einer sich zuspitzenden Klimakrise. Wir erleben gerade grundlegende Veränderungen. Dieses Nebeneinander mehrerer Problemlagen und Krisen erhöht die Komplexität der aktuellen Umbruchszeit, in der sich auch das Wirtschaften ändert. Deshalb liegen dieser zweiten Auflage zwei Annahmen zugrunde. Erstens: *die Welt ist im Umbruch*. Und zweitens: *zukunftsfähiges Wirtschaften ist notwendig und möglich*.

Die Welt ist im Umbruch. Wetterextreme nehmen zu. Die Covid-19-Pandemie veränderte Alltag und Wirtschaften – Home-Office und Lieferkettenprobleme sind nur zwei Beispiele. Und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine kann für Europas Politik und Wirtschaft sowie für die gegenwärtige Weltordnung zu einer Zeitenwende werden. Unsere These ist, dass sich im 21. Jahrhundert dauerhaft eine neue Art zu leben und zu arbeiten durchsetzen wird. So bleibt nur eine Gewissheit: *Das einzig Sichere ist, dass vieles nicht so bleibt wie es ist*. Das, was heute als normal erscheint, ist es in Zukunft vermutlich nicht mehr. Um diese Veränderungen zu verstehen, wählen wir einen historisch argumentierenden Zugang, der aus der Vergangenheit lernt und die Gegenwart nicht als naturgegeben hinnimmt. Und ebenso, wie die Gegenwart nicht einzig eine Fortschreibung der Vergangenheit ist, wird die Zukunft keine bloße Fortschreibung der Gegenwart sein. Die gegenwärtige Art zu denken und zu wirtschaften ist nicht alternativlos. Aus dem Studium der Vergangenheit lernen wir: Es kann auch wieder anders werden, weil es schon anders war.

Sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen ist wichtig. Erstens hinterfragt der Blick zurück das, was als normal gilt. Die Analysen längerfristiger Entwicklungen zeigen, wie erd- und menscheitsgeschichtlich kurz die Zeitspanne ist, in der die aktuelle Wirtschaftsweise vorherrschend ist. Lange galt die heute dominante kapitalistische Wirtschaftsweise als Erfolgsmodell, obwohl sie auch destruktive Auswirkungen auf Mensch und Natur hat. Ihre Vorzüge zu kennen und gleichzeitig zu verstehen, in welcher Hinsicht sie nicht nachhaltig ist, erlaubt, die Potenziale zukunftsfähigen Wirtschaftens realistisch einzuschätzen. Zweitens zeigt uns die Geschichte, dass *Entwicklung kein linearer Prozess* hin zu immer besseren Gesellschaften und Wirtschaftsweisen ist. Und schon gar nicht werden alle Weltregionen das westlich-liberale Wirtschafts- und Gesellschafts-

modell kopieren. Das Buch setzt sich daher kritisch mit westlichen Modernisierungstheorien auseinander, die die liberalen Institutionen des Westens, d. h. im Wesentlichen Nordamerikas und West- sowie Nordeuropas, als Endpunkte historischer Entwicklung sehen. Die westliche Moderne, die großen sozialen Fortschritt, aber auch viel Leid gebracht hat, ist nicht das Ende der Geschichte. Wir sind überzeugt, es täte dem Westen gut, bescheidener zu werden und sich als Teil der Welt und nicht als deren überlegenes Zentrum zu verstehen. Drittens ist es falsch, in die Vergangenheit nostalgisch-idyllische Zustände hinein zu fantasieren: seien dies vermeintlich harmonische Großfamilien oder naturnahe Selbstversorgung. Und auch wenn das Leben im europäischen Wohlfahrtskapitalismus der Nachkriegszeit weniger unsicher war als heute, so wies es doch zahlreiche Schattenseiten auf.

Zukunftsfähiges Wirtschaften ist nicht nur notwendig, sondern auch **möglich**. Dies setzt aber voraus, dass Menschen anders denken und handeln. Das Department für Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien arbeitet interdisziplinär und produziert angesehene Beiträge zur internationalen Forschung. Gleichzeitig fühlt sich das Department verpflichtet, Wissen der Öffentlichkeit verfügbar zu machen, da die Universität aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. So beteiligt es sich seit Jahren auch an Debatten der Klimaforschung. Dazu braucht es den Dialog mit anderen Sozial- und Naturwissenschaften. Im Versuch, relevant zu Problemlösungen beizutragen, ändern wir auch die eigene Art zu forschen und zu lehren.

Ein Beispiel, wie grundlegend solche Überlegungen sein können: Sozioökonomik, das Fach, das unserem Department den Namen gibt, wird aktuell durch die Umweltwissenschaften herausgefordert. Zwar analysiert Sozioökonomik als interdisziplinäre Wissenschaft Wirtschaft und Gesellschaft als verwoben. Hier schließt sie an Max Weber und große Denker:innen des 19. Jahrhunderts an. Doch ist Wirtschaft und Gesellschaft systemisch auch mit biophysischen Prozessen verbunden. Daher ist **sozialökologische Ökonomik** vermutlich der zeitgemäße Begriff für eine *integrierte, systemische und interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaft*. Das führt zur Erkenntnis, dass gegenwärtige Transformationen nicht nur Energiesysteme und die Weltwirtschaftsordnung verändern, sondern auch die Konzepte, mit denen wir über Veränderungen nachdenken und sprechen. Der aktuelle Umbruch ist umfassend und zwingt fortgesetzt zum Weiterlernen. Die Konzepte, mit denen zukünftige Entwicklungen analysiert werden, werden nicht bloß diejenigen sein, die aktuell in Lehrbüchern stehen. Konzepte wie Belastungsgrenzen, Suffizienz, Grundversorgung, sozialökologische Infrastrukturen und Alltagsökonomie werden wichtiger, um Wirtschaft im Umbruch zu verstehen.

Dies führt zu Herausforderungen für die Wirtschaftswissenschaften, die sich in Volks- und Betriebswirtschaftslehre mit einem besonders produktiven, aber unter ökologischen Gesichtspunkten auch besonders destruktiven Teil des

Wirtschaftens beschäftigen: der immer effizienteren Produktion neuer Waren und Dienstleistungen. Dieser Wirtschaftsbereich prägt nicht nur das Wirtschaftsgeschehen, sondern auch unser Leben: die weltweit verfügbare Menge an Gütern und Dienstleistungen steigt weiter von Jahr zu Jahr. Dieser Einfluss geht so weit, dass manche behaupten, gehe es der Wirtschaft gut, gehe es uns allen gut. Das stimmt manchmal, aber nicht immer. Denn, dass es der „Wirtschaft“, verstanden als globalisierte Marktwirtschaft, gut geht, z. B. gemessen an Wirtschaftswachstumsraten, sagt noch nicht, ob Menschen ein gutes Leben führen können – geschweige denn, ob Gesellschaften zukunftsfähig sind und das Klima auf unserem Planeten weiter menschliches Leben ermöglicht. Auch beim Nachdenken über Wirtschaft und Wirtschaften gehen wir daher historisch vor. Wir erzählen kurz die Geschichte der ökonomischen Theorieentwicklung, um aktuell bestimmende Theorieschulen zu relativieren. Ein zeitgemäßes Verständnis zukunftsfähigen Wirtschaftens greift auf eine Vielfalt an Theorien und Konzepten zurück.

Es war eine Leistung der europäischen Aufklärung, das mündige Individuum zu „entdecken“: Menschen sind demnach autonome, selbstbestimmte und in der Regel rational handelnde Wesen. Die Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts erkämpften individuelle Rechte, die heute vielfach in Verfassungen als Grund- und Menschenrechte garantiert sind. Dies war ein zivilisatorischer Fortschritt. Doch geriet dabei mit der Zeit aus dem Blick, dass Menschen immer auch **abhängige Wesen** sind, abhängig von anderen Menschen und funktionierenden Ökosystemen. Gibt es kein menschenfreundliches Klima, ist kein menschliches Leben auf diesem Planeten möglich. *Umwelt ist Mitwelt*. Menschen hängen von sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen ab und sind eingebettet in bestimmte Verhältnisse, z. B. Produktions- und Geschlechterverhältnisse. Klimakrise, Pandemie und Krieg zeigen, wie **verletzlich (vulnerabel)** und damit schutzbedürftig Menschen sind – nicht nur Kinder und Minderheiten, sondern alle. Menschen sind miteinander eng verbunden. Sie teilen Arbeit und gestalten ihren Haushalt und das Gemeinwesen. Dies geriet in letzter Zeit in Vergessenheit. So lautet das Motto des *Hyperindividualismus*: „je selbstbestimmter, desto besser“. In den Covid-19-Debatten zeigte sich, wie gefährlich es sein kann, individuelle Selbstbestimmung absolut zu setzen. Autonomie und Verbundenheit stehen in einem konfliktgeladenen und emotionalisierten Spannungsverhältnis. Hier das rechte Maß zwischen individueller Freiheit und Solidarität zu finden, ist herausfordernd.

Auf diese Weise, d. h. *abwägend und fragend*, über Wirtschaft nachzudenken, hat Konsequenzen für die Wirtschaftstheorie. Das individuelle Konsumverhalten wird weniger interessant, die **Rahmenbedingungen**, unter denen Haushalte und Unternehmen ihre Entscheidungen treffen, rücken ins Zentrum. Rahmenbedingungen, z. B. Gesetze und Infrastrukturen, beeinflussen wesent-

lich, ob Menschen klimafreundlich leben können: Gibt es noch einen Nahversorger im Dorf? Wie weit ist es zur nächsten Bahnstation? Wie hoch sind die Förderungen für die neue Photovoltaikanlage? Für Haushalte, Beschäftigte, Unternehmen, Investorenⁱ und politisch Aktive ist es gleichermaßen wichtig, die Rahmenbedingungen zu kennen, die ihr jeweiliges Handlungsfeld strukturieren.

Zukunftsfähiges Wirtschaften, so wie es in diesem Buch verstanden wird, beschäftigt sich daher weniger mit Anpassungen innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, sondern vorrangig mit deren Gestaltung. In anderen Worten: Es geht weniger um das Optimieren innerhalb eines Systems, z. B. der globalisierten Marktwirtschaft, sondern primär um das Gestalten des Systems mit dem Ziel, es zukunftsfähig zu machen. Dazu braucht es Innovationen, Neues – angefangen von Umwelttechnologien bis hin zur Kreislaufwirtschaft. Aber angesichts des Schadens, den profitgetriebenes Wirtschaften verursacht, müssen auch bestimmte Praktiken beendet werden, weil sie Menschen und Natur heute und v. a. in Zukunft nicht guttun. Damit beschäftigen sich u. a. Theorien des Postwachstums, also wissenschaftliche Überlegungen zum selektiven Schrumpfen bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten. Unbestritten ist, dass der fossile Energiesektor schrumpfen muss, doch vermutlich erfordert das Einhalten ökologischer Belastungsgrenzen auch weitergehende Prozesse des Rück- und Umbaus, z. B. in der Auto-, Flug- und Bekleidungsindustrie.

Damit ändert sich auch, was unter Wirtschaft und Wirtschaften verstanden wird. In unserem Zugang ist Wirtschaften mehr als Marktwirtschaften – auch in Haushalten und Pflegeheimen wird gearbeitet und gewirtschaftet. Im antiken Griechenland war Ökonomik das Wirtschaften im privaten Haushalt, dem *Oikos*. Dies war die zentrale wirtschaftliche Tätigkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse. Ökonomik unterschied sich von der Chrematistik, dem Handeln auf Märkten. Wiewohl moderne Ökonomien grundverschieden von der antiken sind, geht es beim Wirtschaften weiterhin im Kern um die **Organisation und Bereitstellung der Lebensgrundlagen** und zwar – dies ist die wichtige Einsicht der Klimaforschung – vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und ökologischer Belastungsgrenzen. Angesichts aktueller Transformationen ist zu vermuten, dass sich in diesem Jahrhundert auch die Wirtschaftsweise grundlegend ändern wird.

i Wir verwenden beim Wort „Investoren“ keine gegenderte Diktion, weil wir damit auf eine Institution, nicht auf Einzelpersonen, verweisen. Ähnliches gilt im Laufe des Buches auch, wenn wir auf Produzenten verweisen und wenn wir über soziale Formationen sprechen, die bestimmte gesellschaftliche Funktionen ausüben, unabhängig davon, welche individuellen Personen dahinterstehen, z. B. beim Verweis auf Klassen, z. B. Kapitalisten und Arbeiter/Arbeiterschaft.

Dieses Buch ist in vier Teile mit jeweils mehreren Kapiteln gegliedert: Im **ersten Teil – Multiperspektivität in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft** – geht es um Theorien und Konzepte, die Ansatzpunkte für zukunftsfähiges Wirtschaften liefern. Kapitel 1 beginnt mit Überlegungen zu gegenwärtig stattfindenden *Transformationen*, der sozialökologischen Transformation als anzustrebendes Ziel und den Möglichkeiten, den Weg dorthin zu gestalten. Kapitel 2 führt *Multiperspektivität* als Leitprinzip ein. Im Denk- und Forschungsprozess werden verschiedene Sichtweisen verwendet, um Phänomene zu verstehen. Ein Überblick über verschiedene ökonomische Theorieschulen illustriert den Reichtum an Ansätzen, wie Wirtschaft verstanden und erforscht werden kann: von den Vorteilen der Arbeitsteilung, dem Kalkül des Optimierens bis hin zu einem Blick auf die verborgene Ökonomie unbezahlter Arbeit. Genauer beschäftigen wir uns mit der Sozioökonomik und ihrer Weiterentwicklung als *sozialökologische Ökonomik*. Und schließlich braucht es für eine gelungene Transformation auch Klarheit über geteilte Ziele, weshalb wir anschließend *Indikatoren* für Wohlstand und Wohlbefinden, ökologische Nachhaltigkeit sowie integrierte Zielsetzungen vorstellen. In Kapitel 3 entwickeln wir, basierend auf dem Prinzip der Multiperspektivität, eine Typologie von drei *wirtschaftspolitischen Leitbildern*, die wirtschaftspolitische Entscheidungen beeinflussen: den Marktliberalismus, den Wohlfahrtskapitalismus und das Postwachstum. Kapitel 4 behandelt *Macht und Gesellschaft*. Gesellschaften bestehen aus Klassen und Gruppen mit jeweils ähnlichen sozioökonomischen Merkmalen, Interessen und Werthaltungen. Zur Vertretung dieser Interessen schließen sich Menschen zusammen, z. B. in sozialen Bewegungen wie *Fridays for Future* oder in *Machtkomplexen*, d. h. in einflussreichen Netzwerken von Organisationen, die ihre Eigeninteressen vertreten. Aktuell gibt es drei besonders einflussreiche Machtkomplexe: den fossilen, den finanzwirtschaftlichen und den digitalen. Da alle drei zukunftsfähige Transformationen gegenwärtig behindern, widmen wir ihnen besondere Aufmerksamkeit. Kapitel 5 schließt den ersten Teil mit einem Plädoyer für *Multiperspektivität*, d. h. für die Wertschätzung verschiedener Zugänge zum Verständnis ökonomischer Entwicklungen. Jedoch lehnen wir ein „*anything goes*“, d. h. wissenschaftliche Beliebigkeit, ab. Wir sind überzeugt, dass es Wirklichkeit und Wahrheit gibt, wiewohl Menschen diese nur beschränkt erfassen können. Der **zweite Teil** bietet einen Überblick über **sozioökonomische Grundkonzepte** (Kapitel 6) auf die wir im Laufe des Buches immer wieder zurückkommen – von Geld und Markt bis zur Arbeit.

Der **dritte Teil – Die Welt im Umbruch: eine Vielfachkrise** – untersucht die mehrfache Krisenhaftigkeit des aktuellen Umbruchs und greift drei Felder heraus, in denen sich die Vielfachkrise manifestiert: Globalisierung (Kapitel 7), Gesellschaft (Kapitel 8) und Natur (Kapitel 9). Ändert sich die aktuelle Richtung der Transformation nicht, werden problematische Entwicklungen mit

unvorhersehbaren Konsequenzen wahrscheinlicher. Dann können auch Katastrophen eintreten, die *ungewollt* zu weitreichenden Veränderungen führen. Erneut wählen wir einen historischen Zugang, um das Geworden-Sein dessen zu dokumentieren, was heute als „normal“ und selbstverständlich gilt. So können Gestaltungsspielräume ausgelotet werden, um es in Zukunft nicht nur anders, sondern auch besser zu machen. Aber auch hier gilt: der Raum möglicher Zukünfte wird durch aktuelle Rahmenbedingungen und Verhältnisse strukturiert. *Nicht alles Mögliche ist wünschenswert und nicht alles Wünschenswerte ist möglich.*

Im **vierten Teil** geht es schließlich um **Wege zum zukunftsfähigen Wirtschaften**. Hier konkretisieren wir, warum koordiniertes und zielgerichtetes Gestalten von Rahmenbedingungen so wichtig ist und unterscheiden, in Anlehnung an die Theorie der Wirtschaftspolitik, zwischen *Zielen, Maßnahmen und Akteuren* (Kapitel 10). Zuerst loten wir die Potenziale und Grenzen der *Ziele* aus, die den drei wirtschaftspolitischen Leitbildern zugrunde liegen. Danach stellen wir verschiedene *Maßnahmen* für zukunftsfähiges Wirtschaften vor; auch diese unterscheiden sich je nach Leitbild. Sie sind aber auch unterschiedlich wirksam und mit unterschiedlichen Systemwiderständen konfrontiert. Anschließend analysieren wir die Rolle verschiedener *Akteure* im Gestalten von Rahmenbedingungen. Abschließend geht es in Kapitel 11 um Stärken und Schwächen von den zwei heute dominanten Strategien, um mit gegenwärtigen Herausforderungen umzugehen: dem liberalen Globalismus und dem nationalen Kapitalismus. Aus diesen aktuell vorherrschenden Strategien entwickeln wir eine Synthese, d. h. wir stellen eine neue Strategie vor, die Vorzüge der alten Strategien beibehält und versucht, deren Schwächen zu überwinden. Die vorgeschlagene *Strategie der Mehrebenen-Transformation* anerkennt den Wert globaler Kooperation, v. a. wenn es um globale Gemeingüter wie Klima und Frieden geht, sichert aber gleichzeitig territoriale Handlungsspielräume und souveräne Entscheidungen auf verschiedenen räumlichen Ebenen, um eigenständige Entwicklungswege zu ermöglichen. Sie akzeptiert eine Welt, in der regional und kontinental unterschiedlich organisierte sozioökonomische Systeme existieren. Diese Strategie ist bescheidener, eröffnet Alternativen zur erneuten Militarisierung der Weltpolitik und erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten für ein gutes Leben für alle innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen.

Teil 1:

Multiperspektivität in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft

1. Gegenwärtige Transformationen

Transformationen sind grundlegende Veränderungen. In Zeiten des Umbruchs finden solche Transformationen auf vielfältige Weise statt: gleichzeitig, nicht immer gleichmäßig und in unterschiedlichen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens.¹ Es sind evolutionäre, langfristige Prozesse, die hier und jetzt gestaltet werden können.² Um die Potenziale der aktuellen Transformationen zu nutzen, braucht es zweierlei: eine Analyse der gegenwärtig stattfindenden Prozesse, d. h. des Ist-Zustands, und Klarheit über das Ziel der Transformation, d. h. den anzustrebenden Soll-Zustand. Deshalb unterscheiden wir eine **deskriptive** (beschreibende) Bedeutung von Transformation (Ist-Zustand) von einer **normativen** (wertenden) Bedeutung, die auch den Zielhorizont (Soll-Zustand) vorgibt.

1.1. Eine Welt in Transformation

Folgt man dem *Wissenschaftlichen Beirat der deutschen Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen*³ hat unsere aktuelle Umbruchssituation nur zwei vergleichbare Vorläufer. Eine erste grundlegende Transformation war die **Neolithische Revolution**, in der vor 7.000 bis 12.000 Jahren ein Übergang von einer nomadischen zu einer sesshaften Gesellschaft stattfand. Aus Jägern wurden Bauern, aus Nomaden wurden Sesshafte. Mit Vorratshaltung und Urbanisierung (Verstädterung) ging eine neue Form der Arbeitsteilung einher. Die zweite grundlegende Transformation war die **Industrielle Revolution** ab dem Ende des 18. Jahrhunderts, d. h. der Übergang von einer landwirtschaftlich dominierten Feudalgesellschaft zu einer industriell-städtischen Gesellschaft und einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese basiert auf neuen Energieträgern (insbesondere Kohle), neuen Technologien (insbesondere der Dampfmaschine), neuen Eigentumsrechten (Beschränkung des Gemeindelandes) und

neuen Sozialgesetzen (rigide „Armengesetze“, die die Armenfürsorge eingeschränkten und zur Erwerbsarbeit zwangen). Es bildete sich eine ungleiche internationale Arbeitsteilung heraus, die zu unterschiedlichen Entwicklungswegen im globalen Norden und im weiterhin landwirtschaftlich dominierten globalen Süden führte (vgl. S. 103).

Beide Umbrüche waren keine abrupten politischen Revolutionen, die Machtverhältnisse schlagartig änderten, sondern **evolutionäre Prozesse**, die sich über längere Zeiträume erstreckten, an deren Ende jedoch eine grundlegend andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stand. Der in Wien geborene ungarisch-österreichische Sozioökonom Karl Polanyi⁴ († 1964) vergleicht dies mit einer Metamorphose, einem Formwandel, wie die Verwandlung einer Raupe in einen Schmetterling: Wiewohl es dasselbe Tier bleibt, unterscheiden sich Raupe und Schmetterling nach der Metamorphose in Erscheinung und Handlungsfähigkeit grundlegend. Polanyi spricht von Transformation, um derartig grundlegende Veränderungen zu beschreiben.⁵

Dieses Buch untersucht drei Bereiche gegenwärtig stattfindender Transformationen, die in Teil 3 genauer analysiert werden. **Geopolitische Transformationen** umfassen Prozesse der De-/Globalisierung, die Krise der vom Westen dominierten Weltordnung und den Aufstieg des globalen Südens, v. a. Chinas. **Gesellschaftspolitische Transformationen** umfassen Veränderungen des Arbeitsmarkts, des Sozialstaats und der Sozialstruktur sowie die Krise der Demokratie. Schließlich erweisen sich die **ökologischen Transformationen** und die damit verbundenen Veränderungen der Mensch-Natur-Beziehungen als für die Zukunft menschlicher Zivilisationen entscheidend. Die Vorhersagen zur Umwelt- und Klimakrise werden von Fachleuten ständig revidiert – und zwar zu meist in eine Richtung: hin zur größeren Wahrscheinlichkeit bedrohlicher Szenarien. Sprachen sie anfangs von „Klimawandel“, so wird der Begriff immer öfter durch „Klimakrise“, manchmal auch durch „Klimakatastrophe“ ersetzt.

Es ist illusionär, darauf zu hoffen, dass es so bleiben kann, wie es ist. *Business-as-Usual*, ein „weiter so wie bisher“, ist angesichts sich verschärfender Krisen langfristig weder möglich noch wünschenswert. Gleichzeitig schwindet der Konsens über gemeinsame Zukunftsvorstellungen – innerhalb von Gesellschaften und weltweit: In den Vereinigten Staaten (USA) leben Unterstützende der Demokraten und Republikaner zunehmend in unterschiedlichen Welten und die EU-Kommission und Ungarns Premier Orbán verbindet wenig. Und auch der Konflikt zwischen China und den USA wird sich in den kommenden Jahren eher zuspitzen. Diese Entwicklungen geben Anlass zur Sorge und nähren die Befürchtung, die Zukunft sei auch nicht mehr das, was sie einmal war. Optimismus und Zukunftsgewissheit, die Denken und Handeln vergangener Generationen bestimmten, scheinen abhandengekommen.

Umbrüche gehen oftmals einher mit **Krisen**, in denen das Alte endet, etwas Neues aber noch nicht entstanden ist. Sie erscheinen vielen als Bedrohung, die

Gewohntes gefährdet. Krisen haben immer eine objektive und eine interpretative Dimension.⁶ Sie existieren objektiv in-der-Welt: die Covid-19-Pandemie, Kriege, Pflegenotstand und Dürren sind reale Phänomene. Doch wiewohl sie objektiv existieren, interpretieren sie Menschen unterschiedlich. Ihre Komplexität sowie unterschiedliche Vorerfahrungen führen zu konkurrierenden Kriseninterpretationen und unterschiedlichen Bewältigungsversuchen. Dies beeinflusst sowohl die Sicht auf die Welt als auch die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten.

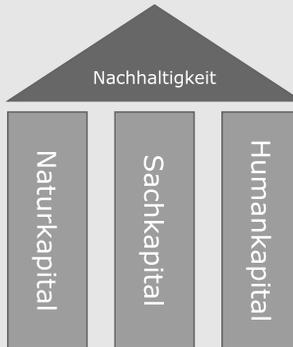
1.2. Transformationen gestalten

Um gegenwärtig stattfindende Transformationen, den Ist-Zustand, zu gestalten, bedarf es eines Ziels, eines Soll-Zustands. Dieser fußt auf bestimmten Vorstellungen, was wie sein soll. Das normative Konzept, das diesem Buch zugrunde liegt, beruht auf im Laufe des Buches genauer vorgestellten völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie Erkenntnissen der Klimaforschung. Die sozialökologische Transformation ist diesem Verständnis nach geglückt, wenn stattfindende Veränderungen zukunftsfähige Rahmenbedingungen stärken. **Zukunftsfähigkeit** definieren wir allgemein als die *Fähigkeit, gegenwärtige Transformationen zu verstehen und zu gestalten, um ein gutes Leben für alle innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen zu ermöglichen sowie Frieden und Demokratie zu verteidigen*. Damit geht es bei Zukunftsfähigkeit um mehr als Nachhaltigkeit, ein Begriff, der unterschiedlich und teilweise auch diffus verwendet wird (vgl. Box *Nachhaltigkeit*).⁷

Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet dort, nur so viele Bäume zu fällen, wie durch neue Pflanzungen wieder nachwachsen, sodass der Ertrag laufend gegeben ist und der Baumbestand nicht schrumpft. Nachhaltigkeit ist auf langfristige Entwicklungen ausgerichtet.

Schwache Nachhaltigkeit basiert auf dem Drei-Säulen-Modell. Ökologie steht neben Sozialem und Wirtschaftlichem. Kosten und Nutzen in den drei Bereichen können gegeneinander aufgerechnet werden. Natürliche Ressourcen können demnach durch Human- und Sachkapital ersetzt werden. Sie sind austauschbar. Nachhaltig zu wirtschaften bedeutet demnach, die Summe aller Kapitalsorten (Natur-, Human- und Sachkapital) konstant zu halten und wenn möglich zu erhöhen.



Starke Nachhaltigkeit basiert auf der Annahme, dass Wirtschaft und Gesellschaft in ökologische, exakter: biophysische, Prozesse eingebettet sind. Bestimmte ökologische Gegebenheiten (z. B. ein menschenfreundliches Klima) sind nicht in Geld bewertbar und können daher nicht gegen ökonomisches und/oder humanes Kapital aufgerechnet werden. Natürliche Ressourcen können demnach auch nicht durch Human- und Sachkapital ersetzt werden. Sie sind inkommensurabel, d. h. nicht vergleichbar, und nicht austauschbar. Nachhaltig wirtschaften bedeutet demnach, Ökosysteme möglichst weitgehend zu erhalten.



1.2.1. Gestaltung von Rahmenbedingungen

Wir gehen in diesem Buch von einem bestimmten Menschen- und Gesellschaftsbild aus: Menschen sind soziale Wesen, abhängig von anderen und der sie umgebenden Um- bzw. Mitwelt. Sie sind auch autonome Individuen, wiewohl ihrer individuellen Existenz gemeinsame Bedingungen zugrundeliegen. Menschen werden in eine bereits existierende Welt und in bestehende Rahmenbedingungen geboren bzw. sozialisiert. Wir unterscheiden daher **Verhalten** als individuelles Handeln innerhalb gegebener Rahmenbedingungen von **Gestalten** als einer Form der Zusammenarbeit, um gemeinsam Rahmenbedingungen zu verändern.⁸ Dies ermöglicht jeweils unterschiedliche Freiheiten (vgl. Box *Negative und positive Freiheit*).⁹

Negative und positive Freiheit

Negative Freiheit wird nicht deshalb so genannt, weil etwas daran „negativ“ im Sinne von „schlecht“ wäre, sondern weil sie sich durch ein Ausschlusskriterium definiert: Solange es keinen (staatlichen) Zwang gibt, herrscht Freiheit. Negative Freiheit bezeichnet die Abwesenheit von Zwang. Sie garantiert, dass Verhalten nicht eingeschränkt wird. Ein Beispiel: Jemand ist dann frei, Fahrrad zu fahren, wenn Fahrrad fahren nicht verboten ist und er oder sie nicht durch Zwang davon abgehalten wird.

Positive Freiheit bezeichnet die Freiheit, tatsächlich die Möglichkeit zu haben und ermächtigt zu sein, etwas zu tun. Positive Freiheit definiert sich durch das Vorhandensein bestimmter Grundvoraussetzungen. Dazu zählen u. a. Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen und Infrastrukturen. Gestalten, d. h. das gemeinsame Verändern von Rahmenbedingungen, ermöglicht positive Freiheiten, da es Handlungsspielräume für Verhalten festlegt. Ein Beispiel: Die Freiheit, Fahrrad zu fahren, ergibt sich dann nicht lediglich daraus, dass kein Zwang ausgeübt wird. Es bedarf auch der Fähigkeit, Fahrrad fahren zu können, des Zugangs zu einem Fahrrad, sicherer Fahrradwege und entsprechender Verkehrsregeln.

Insbesondere drei Formen von **Rahmenbedingungen** strukturieren die Möglichkeiten und Grenzen zukunftsfähigen Wirtschaftens: Institutionen, Infrastrukturen und Diskurse.¹⁰

(1) **Institutionen** sind Ordnungs- und Regelsysteme, die das Zusammenleben von Menschen stabilisieren und lenken.¹¹ Sie umfassen (i) **staatlich-rechtliche Ordnungen** (z. B. Gesetze und Förderungen), (ii) **soziale Normen** (z. B. Was ist ein gesundes, was ein gutes Essen? Was macht gute Eltern aus? Wie viel Mitsprache hat die Belegschaft?) und (iii) **kulturelle Werte** (z. B. Wie wichtig sind Familie, Erfolg und Gerechtigkeit?)

(2) **Infrastrukturen** sind sozialräumliche Strukturen. *Raumbildende Infrastrukturen* schaffen einen Raum mit festen Zentren für Kommunikations- und Austauschprozesse. Beispiele sind Parks sowie Infrastrukturen der schulischen Bildung, der Krankenversorgung und Pflege sowie des Wohnens. *Raumüberwindende Infrastrukturen* ermöglichen Kommunikations- und Austauschprozesse über Entfernungen. Beispiele sind Straßen sowie Infrastrukturen der Bahn und des Flugverkehrs. Manche Infrastrukturen wie das Internet sind „über-

räumlich“, d. h. Raum wird scheinbar aufgelöst, da Kommunikations- und Austauschprozesse prinzipiell überall stattfinden können.¹² Infrastrukturen beeinflussen, wie Menschen alleine und gemeinsam ihr Leben (nicht) gestalten können und welche wirtschaftlichen Aktivitäten (nicht) möglich sind. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, dass zwei Arten von Infrastrukturen essenziell für Wirtschaften und Alltag sind. Diese werden oft auch als *kritische Infrastrukturen* bezeichnet, denn ihr Ausfall gefährdet Versorgung und Sicherheit: (i) **Materielle Infrastrukturen** umfassen u. a. Netzinfrastrukturen für die Energie-, Strom- und Wasserver- und -entsorgung, Telekommunikationsdienste, Transport- und Mobilitätssysteme. (ii) **Wohlfahrtsstaatliche Infrastrukturen** umfassen u. a. Bildungseinrichtungen, Pflege- und Gesundheitsversorgung.¹³ Schließlich interagieren Infrastrukturen immer mit Institutionen: So kann Pflege privatwirtschaftlich mit dem Ziel der Profitmaximierung bereitgestellt werden oder Gesetzen unterliegen, die Pflegebetreiber zur Gemeinnützigkeit verpflichten.¹⁴

(3) **Diskurse** sind sprachliche Praktiken der Sinnstiftung. Als *soziale Konstruktionen* der Wirklichkeit sind sie Anordnungen von Ideen und Argumenten, die Wirklichkeit aus bestimmten Perspektiven, mit bestimmten Interessen und Werthaltungen strukturieren. Diskurse beeinflussen, wie Wirklichkeit wahrgenommen wird und welche Handlungsoptionen sich dadurch ergeben. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen (z. B. Biodiversität, Migration, Globalisierung) und setzen sie auf konkrete Art und Weise in den Kontext.

1.2.2. Gestaltende Akteure

Die wesentlichen Akteure, die durch gemeinsames, koordiniertes und zielgerichtetes Handeln Rahmenbedingungen gestalten können, sind öffentliche Entscheidungstragende, private Unternehmen, Haushalte und Zivilgesellschaft.¹⁵

(1) **Öffentliche Entscheidungstragende** haben Kompetenzen, die ihnen von der Verfassung zugesprochen werden. Sie sind befugt, politische Rahmenbedingungen, insbesondere Gesetze, Verordnungen und Budgets, festzulegen. In europäischen Demokratien umfassen sie auf nationaler Ebene die Bundes- und Landesregierung (Exekutive) und Gesetzgebung (Parlament) sowie auf EU-Ebene den Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Weiters haben auch Gemeinden politische Handlungsspielräume. Große Bedeutung kommt auch der Gerichtsbarkeit zu, bis hin zum Europäischen Gerichtshof (EuGH) und nationalen Höchstgerichten. *Öffentliche Einrichtungen* verfügen über Ressourcen und Personal, um Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Bedeutsam sind Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltungen, Selbstverwaltungskörper (z. B. Sozialversicherungsträger und Kammern), auto-

nome Einrichtungen (z. B. Universitäten) und Behörden (z. B. Regulierungsbehörden). Sie alle legen Rahmenbedingungen für private Akteure fest, z. B. nationale Parlamente für Menschen und Unternehmen innerhalb des Nationalstaats, die EU-Institutionen für die EU-Mitgliedsstaaten oder Universitäten für Studierende.

(2) **Private Unternehmen** sind Organisationen, die Güter und Dienstleistungen bereitstellen. Sie sind entweder natürliche Personen (Einzelunternehmen) oder juristische Personen privaten Rechts (Kapitalgesellschaften), die innerhalb eines rechtlichen Rahmens agieren und mit Investitionen, Innovationen, Standortwahl, Geschäftsmodellen, Preis- und Produktgestaltung und im Umgang mit der Belegschaft und anderen Stakeholdern (Anspruchsgruppen) selbst wirtschaftliche Rahmenbedingungen für andere (z. B. Konsument:innen, Belegschaft, Zulieferunternehmen) schaffen. Die heute bestimmenden Unternehmen sind sogenannte *transnationale Unternehmen*, die weite Teile globaler Produktionsnetzwerke kontrollieren. Wichtige Privatunternehmen sind auch kommerzielle Medien, die die öffentlichen Diskurse beeinflussen.

(3) **Haushalte** sind der Raum der als privat definierten Lebensgestaltung, in dem die Haushaltsmitglieder ihr alltägliches Handeln organisieren (z. B. Haushaltsführung, Kinderbetreuung) und Konsumententscheidungen treffen. Sie sind Basiseinheiten des Wirtschaftens.¹⁶ Ihr Möglichkeitsraum hängt stark von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab – z. B.: Gibt es leistbare Kinderbetreuung? Wo werden welche Arbeitsplätze angeboten?

(4) **Zivilgesellschaft** definiert die Gesamtheit von Zusammenschlüssen von Menschen, die weder dem Staat (öffentliche Entscheidungstragende), dem Markt (private Unternehmen) noch dem Privatbereich (Haushalte) zuzuordnen sind. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen wollen gemeinsam bestimmte, manchmal miteinander konkurrierende Zwecke erreichen: von der sportlichen und künstlerischen Betätigung bis zur Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe und in Burschenschaften. Dazu zählen Vereine, NPOs (Non-Profit-Organisationen) und soziale Bewegungen. Die Zivilgesellschaft ist eine Säule liberaler Demokratien und tritt sowohl in der Rolle des sozialinnovativen Dienstleisters (z. B. Energiegenossenschaften, Repair-Cafés) als auch als politischer und öffentlicher Akteur (z. B. bei Demonstrationen) auf. Ihre Stärke ist, innovative Lösungen zu finden, wenn Staat und Markt versagen, sowie öffentliche Diskurse zu beeinflussen. Manchmal problematisiert sie aktuelle Entwicklungen und leistet Widerstand gegen (vermeintliche) Fehlentwicklungen, v. a. gegen staatliche Maßnahmen. Darüber hinaus schafft sie im Zwischenraum zwischen öffentlicher und privater Sphäre Rahmenbedingungen für das Agieren ihrer Mitglieder (z. B. Verhaltensregeln für Vereinsmitglieder).

Nicht alle Akteure können den eben genannten Akteursgruppen trennscharf zugeordnet werden. Dies trifft insbesondere auf Interessenvertretungen wie Gewerkschaften und Lobbying-Institutionen zu, deren Stellung und Ein-

flussmöglichkeiten u. a. auf der Verankerung in Politik (z. B. Parteien), Wirtschaft (z. B. Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Wirtschaftszweige) und Zivilgesellschaft (z. B. bestimmte Initiativen) beruhen.

Innerhalb eines gegebenen Rahmens entscheiden alle Akteure weitgehend selbst, was sie wie tun wollen. Die Möglichkeit, andere zu einem bestimmten Handeln zu bewegen, manchmal auch zu zwingen, definieren wir als **Macht**.¹⁷ Damit ist Macht nicht schlecht, sondern Voraussetzung für Handlungsfähigkeit. Doch sie ist ungleich verteilt. Es bleiben aber für alle Akteure Spielräume, Macht einzusetzen. Diese gilt es zu nutzen: öffentliche Entscheidungstragende können Gesetze erlassen und öffentliche Mittel verteilen; eine Universität gestaltet Lehrpläne; private Unternehmen standardisieren den Umgang mit Lieferfirmen und Belegschaft; ein Verein setzt Verhaltensregeln für Mitglieder.

Zusammengefasst: Wiewohl es wünschenswert ist, sich innerhalb bestehender Rahmenbedingungen verantwortungsvoll zu verhalten, ist es bedeutsamer, dass mehr und mehr Akteure beginnen, über Rahmenbedingungen nachzudenken und diese zu verändern. Zukunftsfähiges Handeln besteht vorrangig darin, Rahmenbedingungen koordiniert und zielgerichtet zu gestalten. Das mag ambitioniert erscheinen und die eigenen Möglichkeiten übersteigen. Doch noch vor 200 Jahren wurde die Forderung, den Handel mit versklavten Personen abzuschaffen, vielfach als unrealistisch abgewiesen. Noch vor kaum mehr als 100 Jahren verhaftete die Polizei Frauen für deren Forderung nach ihrem Wahlrecht. Und heute wird eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die alle Menschen mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen versorgt und gleichzeitig die ökologischen Grundlagen nicht zerstört, oft als Wunschdenken oder wirtschaftsfeindliche Utopie abgelehnt. Wie in der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei und der Stärkung der Frauenbewegung braucht es auch heute den Mut, mit neuen Rahmenbedingungen zu experimentieren. Zum Nachdenken und gemeinsamen Gestalten zu ermutigen, ist ein Ziel dieses Buches.

2. Perspektiven als „Brillen“

Immer wieder wird es in diesem Buch darum gehen, einseitige Sichtweisen zu überwinden. Eine große Gefahr für Zukunftsfähigkeit ist Dogmatismus, d. h. ein unumstößlicher Wahrheitsanspruch, der oftmals daher rührt, eine Perspektive absolut zu setzen und als die einzig wahre zu präsentieren. Doch dogmatisches und eindimensionales Denken und Handeln ist einem Denken und Handeln unterlegen, das verschiedene Perspektiven berücksichtigt. Multiperspektivisches Denken ist daher eine zentrale Kompetenz zukunftsfähigen Wirtschaftens. Zwei Beispiele: Ein Unternehmen, das nur den Gewinn maximiert, kann an Problemen bei Lieferketten, Cash-Flow und Mitarbeiterzufriedenheit scheitern. Einer Volkswirtschaft, die ihre ökologischen Grundlagen zerstört, nützt Wirtschaftswachstum wenig.

Es gibt keinen „Blick von nirgendwo“, keinen Blick ohne Perspektive. Dieser liegt außerhalb unserer menschlichen Fähigkeiten. Die menschliche Wahrnehmung hat nicht die Möglichkeit, objektive (unvoreingenommene), neutrale (unabhängige) und universale (allgemeine, immer und für alle gültige) Darstellungen unserer Welt zu liefern.¹⁸ Unsere Ausbildung, das soziale und kulturelle Umfeld, die Sprachen, die wir sprechen, der Freundeskreis, dem wir angehören, unsere materiellen Lebensumstände und Erfahrungen – all dies beeinflusst, was und wie wir die Welt wahrnehmen. Aus unterschiedlichen Erfahrungen, Werthaltungen und Interessen leiten sich unterschiedliche Strategien und Handlungen ab, um sich in der Welt zurechtzufinden, ihr einen Sinn zu geben. Perspektiven haben Ähnlichkeit mit „Brillen“: Manche Brillen erleichtern die Sicht in die Ferne, auf das große Ganze. Andere erlauben, das Kleingedruckte, die Details zu identifizieren. Es gibt Brillen, durch die manches rosa-rot, farbenfroh und schön, anderes grau oder gar schwarz-weiß gesehen wird. So zeigt psychologische Forschung, dass sich der Blick von Menschen, die gegenüber Einwanderung tendenziell skeptisch eingestellt sind, vorrangig auf Schlagzeilen misslingender Integration richtet, während Menschen, die Diversität als bereichernd erleben, eher Beispiele erfolgreichen Zusammenlebens wahrnehmen.¹⁹ Durch dieses als „selektive Wahrnehmung“ bezeichnete Phänomen verstärkt sich der Eindruck, die eigene Perspektive sei richtig und wahr – durch die Entstehung von Filterblasen in *Social Media* hat sich dieses Phänomen zugespitzt. Dass unsere subjektiven Erfahrungen immer aus einer bestimmten Perspektive erfolgen, bedeutet jedoch nicht, die Welt ließe sich beliebig interpretieren. Es gibt Grenzen der Multiperspektivität (vgl. S. 78).

In der Wissenschaftstheorie werden Perspektiven auch als Paradigmen oder **Denkkollektive** bezeichnet. Im Folgenden stellen wir das Konzept des Denkkollektivs vor, welches vom polnischen Physiker und Wissenschaftsphilosoph Ludwik Fleck²⁰ Jahrzehnte früher entwickelt wurde als das von Thomas Kuhn²¹

entwickelte, bekanntere und verwandte Konzept des Paradigmas. Fleck wurde 1896 in Polen geboren und starb 1961 in Israel. 1944 wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert und sollte dort einen Impfstoff gegen Typhus entwickeln. Als ihm dies gelungen war, lieferte er allerdings der SS, die den Massenmord in den Konzentrationslagern organisierte, nur ein Placebo. Das echte Medikament verteilte er an Mithäftlinge.²² Er besaß Wissen und v. a. Mut, und verband dies mit Verantwortung für die Menschen. Damit praktizierte er, was er gleichzeitig als Theorie entwickelte, nämlich die Werte- und Kontextabhängigkeit von Denken.

In seinen wissenschaftlichen Arbeiten stellte sich Fleck gegen ein Bild von Wissenschaft, wonach Wissen objektiv, neutral und universal sei. Seine These: Produktion und Verwertung von Wissen finden in bestimmten Umgebungen statt, was ihre jeweilige Bedeutung, Bewertung und Wirksamkeit beeinflusst. In Konzentrationslagern wird Wissen anders eingesetzt als in NGOs, in Forschungs- und Marketingabteilungen von Firmen anders als in Verwaltungsbehörden und Universitäten. Wissen und seine Anwendung sind immer eingebettet in Institutionen und Machtstrukturen. Auch Wissenschaftler:innen sind von ihrem Umfeld und Vorwissen beeinflusst und erkennen Dinge auf Grundlage erlernter Konzepte und bestimmter Vorgangsweisen (Methoden).

Mit Hilfe eines gemeinsamen **Denkstils** „teilt“ eine Gruppe von Menschen eine Art zu denken, eine bestimmte Perspektive, bestimmte Konzepte und Methoden. Ob in einer *Scientific Community* oder in *Social Media* Foren, ein Denkstil wird durch Interaktion mit anderen erlernt und angepasst. Menschen gehören bewusst oder unbewusst bestimmten Denkkollektiven an, welche ein und denselben Denkstil teilen, also bestimmte Konzepte, Theorien und Methoden, aber auch Interessen, Werte und Vor-Urteile. Sie verwenden eine „Brille“, die ihnen hilft, bestimmte Dinge zu sehen, während anderes ausgeblendet bleibt. Denkkollektive sind konservativ im eigentlichen Wortsinn, d. h. sie leisten Widerstand gegen Änderungen und Weiterentwicklungen ihrer Art zu denken. Fleck betont, dass Menschen oftmals grundlegend unterschiedlich denken, argumentieren und verstehen. Daher fällt es Menschen, die unterschiedlichen Denkkollektiven angehören, schwer, Gedankengänge anderer nachzuvollziehen. Angehörigen eines Denkstils fehlt oftmals die Fähigkeit, Phänomene, die den Erklärungen ihres Denkstils widersprechen, wahrzunehmen. Werden sie doch wahrgenommen, dann werden sie oft als unbedeutend abgetan oder geleugnet: So leugneten kirchliche Autoritäten die Erkenntnisse Galileis, und einflussreiche Schwedische-Reichsbank-Preisträger, bekannt als sogenannter „Wirtschaftsnobelpreis“, behaupteten noch kurz vor der großen Finanzkrise 2008, dass in Marktwirtschaften bei passender Regulierung keine systemgefährdenden Instabilitäten auftreten.

Da keine Perspektive, kein Denkkollektiv und keine Theorie alleine die gesamte Wirklichkeit erklärt, gibt es auch kein Vorzeigemodell, kein Patentrezept

für zukunftsfähiges Wirtschaften. Erneuerbare Energieträger alleine lösen die Klimakrise ebenso wenig wie bessere Kleinkinderbetreuung verfestigte Geschlechterungleichheiten überwindet – auch wenn diese Einzelmaßnahmen wichtige Stellschrauben zur Lösung der jeweiligen Probleme sind. Es ist daher sinnvoll, verschiedene Theorien, Modelle und Ansätze zu kennen. Sie liefern unterschiedliche Sichtweisen und bereichern damit das Problembewusstsein und in der Folge die Handlungsfähigkeit. Sie führen zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Empfehlungen und eröffnen verschiedene Wege der Problemlösung.

2.1. Theorieschulen in der Ökonomik

Wirtschaftswissenschaft (Ökonomik) liefert Theorien, um Wirtschaft (Ökonomie) zu verstehen und zu erklären. Theorien prägen unsere Art zu denken, unser Menschen-, Gesellschafts- und Weltbild und dadurch unser Handeln. Im Folgenden werden einige ökonomische Theorieschulen kurz vorgestellt. Als Grundlage dazu dienen uns die Arbeiten von Ha-Joon Chang,²³ Ernesto Screpanti und Stefano Zamagni,²⁴ Ulrike Knobloch,²⁵ Erik Reinert, Jayati Gosh und Rainer Kattel,²⁶ Johannes Jäger und Elisabeth Springler²⁷ sowie das Web-Projekt *Exploring Economics* des Netzwerks Plurale Ökonomik.²⁸ Jede der folgenden Theorieschulen sowie deren zentralen Argumente sind aus der Sicht ihrer jeweiligen Vertreter:innen formuliert.

Wirtschaftliche Entwicklungstheorien

Wirtschaftliche Entwicklungstheorien sind **kontextbezogen**, d. h. für eine konkrete Problemlösung entstanden und nicht einfach verallgemeinerbar. Sie untersuchen zumeist in Fallstudien, unter welchen Bedingungen Wirtschaften florieren. Im deutschen Sprachraum verfolgte die *Historische Schule der Nationalökonomie* diesen Ansatz, zu deren Hauptvertretern u. a. Gustav von Schmoller († 1917) zählt.²⁹ Sie untersuchte im 19. Jahrhundert, wie Kultur, Institutionen, Klima und Geschichte zu unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen und wirtschaftspolitischen Strategien führen. Wirtschaftliche Entwicklungstheorien widmen sich den Unterschieden zwischen Ländern, aber auch zwischen Stadt und Land. Eine Kernthese dieser Ansätze ist, dass industrielle Produktion steigende Skalenerträge ermöglicht, während es bei landwirtschaftlicher Produktion tendenziell zu fallenden Skalenerträgen kommt. Anders ausgedrückt: In der Industrie können wegen sinkender Fixkosten (aufgrund höherer Auslastung der Maschinen) größere Mengen pro Stück billiger produziert werden. Auf landwirtschaftlichen Flächen sinkt hingegen der Ertrag bei Übernutzung. Daraus folgt, dass Städte, Regionen und Länder, die sich auf Produktionsmöglichkeiten mit steigenden Skalenerträgen konzentrieren, denen überlegen sind, die sich auf jene mit sinkenden Skalenerträgen spezialisieren.

Dies liefert gleichermaßen Erklärungen für die ungleiche internationale Arbeitsteilung zwischen globalem Norden und globalem Süden als auch für das Stadt-Land-Gefälle. Wichtiger als wohlhabend zu sein, ist es demnach, Wohlstand „produzieren“ zu können.

Im Kolonialismus wurde es Kolonien untersagt, sich zu industrialisieren. So etablierte sich die klassische internationale Arbeitsteilung: Der globale Norden produzierte Industriegüter und fortgeschrittene Dienstleistungen, Afrika und Lateinamerika exportierten Rohstoffe, Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte. Trotz politischer Unabhängigkeit bestehen in Afrika und Lateinamerika neokoloniale Strukturen bis heute fort. Diese erschweren es den ehemaligen Kolonien, nicht länger einzig Lieferant von Rohstoffen und Bodenschätzen zu bleiben. Um dem Teufelskreis von Unterentwicklung zu entkommen, braucht es eine **eigenständige Wirtschaftspolitik**, die nationale Produktion, insbesondere auch industrielle Fertigung, fördert, um mit steigenden Skalenerträgen zu produzieren. Dafür können auch protektionistische Maßnahmen, die die inländischen Produzenten vor ausländischer Konkurrenz schützen, gesetzt werden. Dem Staat kommt die wichtige Aufgabe zu, Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

Klassische Nationalökonomik als politische Ökonomik

Die klassische Nationalökonomik versteht sich als politische Ökonomik, die das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik untersucht. Zentrale Vertreter sind Adam Smith († 1790), David Ricardo († 1823) und Jean-Baptiste Say († 1832).³⁰ Diese Theorieschule sieht den Menschen als soziales Wesen, dessen gemeinsame Arbeit den Wohlstand der Nationen schafft. Durch Arbeitsteilung erhöht sich die Produktivität, was zu Wirtschaftswachstum führt. So verdrängt die Marktwirtschaft die Produktion für den Eigenbedarf (Subsistenz) und die Produktion in Fabriken das Handwerk. Auch international schafft Arbeitsteilung Wohlstand für alle beteiligten Länder. Gemäß Ricardos *Theorie der komparativen Kostenvorteile* lohnt sich der Warenaustausch zwischen zwei Ländern selbst dann, wenn ein Land alle Güter mit geringerem Aufwand herstellen könnte als das andere. Dass Industrieländer Maschinen und Entwicklungsländer Rohstoffe verkaufen, steigert demnach den Wohlstand in beiden Ländern.

Die klassische Nationalökonomik analysiert den Produktionsprozess. Die **drei großen Klassen** der Grundeigentümer, Kapitalisten und Arbeiter erzielen ihr Einkommen aus unterschiedlichen Quellen: Bodenrente, Profit und Lohn. Daraus leiten sich für die Mitglieder einer Klasse gemeinsame und zwischen den Klassen unterschiedliche Interessen ab. Im Mittelpunkt stand anfangs der Konflikt von Grundbesitzern, die, wie Smith bemerkte, „ernten, wo sie nicht gesät haben“, und denjenigen, deren Arbeit den Wohlstand der Nationen schafft.³¹ Im Laufe des 19. Jahrhunderts rückte der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ins Zentrum.

Die klassische Nationalökonomik unterscheidet in Anlehnung an Aristoteles († 322 v. Chr.) zwischen dem **Gebrauchs-** und dem **Tauschwert** von Waren. Der Gebrauchswert bezeichnet die Nützlichkeit von Dingen, um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen. So ist der Gebrauchswert einer Wohnung, dass sie ein Dach über dem Kopf bietet. Demgegenüber bezeichnet der Tauschwert einer Wohnung den Geldwert, der am Markt für sie erzielt wird.

Die klassische Nationalökonomik begründete den Wirtschaftsliberalismus mit seiner zentralen Forderung nach mehr wirtschaftlichen Freiheiten für die produzierenden Klassen. Das *Say'sche Gesetz* besagt, dass Marktwirtschaften selbstregulierende Systeme sind, weshalb jedes Angebot Nachfrage findet. Wirtschaftskrisen entstehen einzig durch vermeintlich außerwirtschaftliche Faktoren wie Kriege und Pandemien. Auch staatliche Eingriffe sind demnach künstliche Eingriffe in die liberale Wirtschaftsordnung. *Laissez-faire*, staatliche Nicht-Einmischung (das ungehinderte „Laufen-Lassen“ des Marktes gleichsam als Naturereignis), ist folglich die beste Wirtschaftspolitik.

Marxistische politische Ökonomik

Basierend auf den Schriften von Karl Marx († 1883)³² untersucht die marxistische politische Ökonomik **Produktionsweisen**, die sich einerseits aus *Produktivkräften*, z. B. Technologien und Infrastrukturen, und andererseits aus *Produktionsverhältnissen*, z. B. Gesetzen und anderen institutionalisierten Regelungen, zusammensetzen. Historisch gab es u. a. die Produktionsweise der Sklaverei, des Feudalismus und aktuell die kapitalistische Produktionsweise, in der die Klasse der Kapitalisten Produktionsmittel besitzt und jene der Arbeiter keine, weshalb letztere gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Arbeiterklasse wird ausgebeutet, weil mit dem ausgezahlten Lohn nicht der gesamte Wert der geleisteten Arbeit entschädigt wird. Mehrwert wird von der Klasse der Kapitalisten angeeignet. Die Folge ist Widerstand, d. h. Klassenkämpfe, z. B. in Form von Streiks, Sozialreformen und Revolutionen.

Das Ziel kapitalistischen Wirtschaftens ist nicht, Grundbedürfnisse zu befriedigen, sondern zu verkaufen, was sich verkaufen lässt (*Anarchie der Produktion*) – Apple entwickelt nicht laufend neue iPhones, weil es zu wenig Telefone gibt, sondern weil das Unternehmen Profit erzielen muss. Die Notwendigkeit, Profite zu erwirtschaften, ist dem Kapitalismus systemimmanent. Dies kann nicht nur in Konflikt mit Gebrauchswerten treten (z. B., wenn Wohnen nicht mehr leistbar ist), es kann auch zu Krisen führen, weil Unternehmen zu viel produzieren (Überproduktionskrise) und Produziertes keinen Absatz findet, wodurch Kapital zumindest kurzfristig keine rentablen Anlagemöglichkeiten findet (Überakkumulationskrise). **Krisen können im Kapitalismus nicht vermieden werden**, oft werden sie aber in die Zukunft verschoben. Kapitalumschichtung (*capital switching*) bezeichnet z. B. die Veranlagung von Gewinnen von Industrieunternehmen am Finanz- und Immobilienmarkt.³³ Das ist bei

niedrigen Renditeerwartungen in der Realwirtschaft attraktiv. Das Resultat der Kapitalumschichtung sind z. B. steigende Boden- und Immobilienpreise (eine Steigerung des Tauschwertes) und ein Rückgang an leistbarem Wohnraum (Gebrauchswert). Diese Inflation (Preissteigerung) von Finanz- und Immobilienanlagen kann zu Finanz- und Immobilienblasen und in Folge zu Finanz- und Immobilienkrisen führen – wie zuletzt 2008.

Neoklassik

Die Neoklassik – aufbauend u. a. auf den Arbeiten von William Jevons († 1882), Leon Walras († 1910) und Alfred Marshall († 1924) – ist seit Ende des 19. Jahrhunderts bis heute die dominante ökonomische Theorieschule.³⁴ Sie beschäftigt sich mit der *Allokation (Zuteilung) knapper Ressourcen* und grenzt sich damit von der bis dahin bestimmenden politischen Ökonomik ab. Die zentralen Methoden sind mathematische, Ziel ist die **Optimierung**. Grundkurse der Neoklassik gehen vom nutzenmaximierenden Individuum (*homo oeconomicus*) aus, das rationale Entscheidungen zum eigenen Vorteil trifft. In fortgeschrittenen Kursen wird mit realitätsnäheren Modellen gearbeitet. So zeigt die Verhaltensökonomik, die psychologische Erkenntnisse in die neoklassische Ökonomik integriert, dass Menschen oftmals nicht egoistisch agieren. Aber auch in diesen Modellen erklärt sich das Wirtschaftsgeschehen aus dem Verhalten einzelner Individuen (methodologischer Individualismus), die als Konsument:innen auf Märkten tauschen.

Die Neoklassik untersucht Tauschwirtschaften. **Wirtschaften reduziert sich auf Marktwirtschaften**, denn auf Märkten kann alles mit allem getauscht werden. Zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen wird nicht unterschieden. Sorgearbeit und Hedgefonds-Management sind vergleichbar, der Bildungsbereich folgt der gleichen Logik wie die IT-Branche, auf Güter- und Geldmärkten wird gleichermaßen rational gehandelt.

Komplexere neoklassische Modelle beschäftigen sich mit Marktversagen, sei dies durch Monopolmärkte oder durch **Externalitäten**. Letztere werden von Akteuren verursacht, ohne dass diese die entstehenden Kosten tragen (*negative Externalitäten* wie Umweltverschmutzung). Oder Akteure genießen einen entstehenden Nutzen, zu dem sie nichts beigetragen haben (*positive Externalitäten* wie eine private Grundstücksaufwertung durch einen neuen U-Bahn Anschluss). Werden Externalitäten nicht berücksichtigt, kommt es zu falschen Preis- und Knappheitssignalen. Das Marktoptimum entspricht dann nicht dem sozialen Optimum. Dies kann mit Hilfe des **Verursacherprinzips** behoben werden, indem die externen Kosten von denen getragen werden, die sie verursachen (z. B. dem Schadstoff ausstoßendem Unternehmen), bzw. der externe Nutzen jenen zugutekommt, die diesen geschaffen haben (z. B. der Gemeinde, die den U-Bahn Ausbau finanziert), etwa durch Steuern oder andere Bepreisungen. Dies erlaubt einen effizienten Einsatz von Ressourcen, erfordert aber

gleichzeitig die **Kommodifizierung**, d. h. das Zur-Ware-machen, von vormalig nicht wirtschaftlichen Lebensbereichen, von Grund und Boden bis hin zu Luft und Wasser. Ihnen wird ein Preis zugewiesen, um sie am Markt optimal austauschbar zu machen.

Österreichische Schule

Für die österreichische Schule der Nationalökonomik, deren zentrale Vertreter Ludwig Mises († 1973) und Friedrich Hayek († 1992) sind, sind Märkte, Eigentum und Wettbewerb die effizientesten wirtschaftlichen Institutionen.³⁵ Sie setzten sich in einem langen kulturellen Evolutionsprozess als beste durch und bilden eine spontane Ordnung (*kosmos*), die im Westen am weitesten entwickelt ist. Diese Ordnung minimiert staatliche Verbote und maximiert individuelle Freiheit, verstanden als negative Freiheit (vgl. S. 21).

Der **Markt ist die effizienteste Informationsverarbeitungsmaschine**. Demnach ist es eine Anmaßung von Fachleuten und Menschen aus der Wissenschaft, mit rationalen Methoden Märkte zu begrenzen oder externe Effekte zu internalisieren. Rohstoffbörsen „wissen“ beispielsweise mehr über die Entwicklung von Rohstoffmärkten als der am besten informierte Rohstoffexperte. Die österreichische Schule erarbeitete eine neue Form von Marktliberalismus – den **Neoliberalismus**³⁶ –, in dem ein starker Staat die Aufgabe hat, Märkte nicht nur zu schützen, sondern auch zu schaffen und auszuweiten. Ein Beispiel sind neue Eigentumsrechte, z. B. an Saatgut oder an Emissionszertifikaten. Fehlende Regulierung zum Schutz von Märkten durch *laissez-faire* kann die Marktordnung gefährden. Die kritische Haltung zu *laissez-faire* unterscheidet die österreichische Schule vom Wirtschaftsliberalismus der klassischen Nationalökonomik.

Auch Demokratie und Mehrheitsentscheidungen sind demnach gefährlich, wenn sie eine Gesellschaftsordnung planen, in der Märkte eingeschränkt werden. Diese anzustreben, droht rasch zu Mehrheitsdiktaturen zu verkommen, wie dies für die Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit befürchtet wurde. Die wirtschaftliche Freiheit, über sein Eigentum zu verfügen und am Markt zu handeln, ist wichtiger als politische Freiheiten in einem demokratischen Gemeinwesen, wie z. B. die Freiheit zu wählen oder zu demonstrieren. Demokratie ist demnach entweder *marktgerecht*, d. h. sie stärkt die spontane Marktordnung, oder sie muss eingeschränkt werden, um der Marktwirtschaft keinen Schaden zuzufügen. Am besten gewährleistet dies eine globale liberale Weltordnung, die den Handlungsspielraum nationaler Regierungen einschränkt und von einer supranationalen Organisation, z. B. der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO), überwacht wird.

Keynesianismus

John Maynard Keynes († 1946) war einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts.³⁷ Er suchte Antworten auf aktuelle Probleme, v. a. die Weltwirtschaftskrise nach 1929. Die vorherrschende Sichtweise ist, dass Keynes bestrebt war, den Kapitalismus durch Reformen zu retten. In dieser Sichtweise, die wir im folgenden **Mainstream-Keynesianismus** nennen, dominierten Teile seiner Theorie die europäische und US-amerikanische Wirtschaftspolitik während des Wohlfahrtskapitalismus von 1945 bis ca. 1980.³⁸ Andere Sichtweisen, insbesondere der **Post-Keynesianismus**, sehen Keynes als einen Ökonomen, der eine neue Wirtschaftsweise anstrebte, in der öffentliche Einrichtungen die zentralen Akteure sind, um das Allgemeinwohl sicherzustellen.³⁹ Während der Mainstream-Keynesianismus in der Nachkriegszeit hohes Wirtschaftswachstum v. a. durch die Ausweitung des Massenkonsums anstrebte, betont der Post-Keynesianismus, dass Keynes primär das Ziel verfolgte, mit öffentlichen Investitionen die Grundversorgung zu sichern und Vollbeschäftigung (d. h. eine Situation, in der es mehr offene Stellen gibt als Menschen, die Arbeit suchen) zu schaffen.

Mit dem Mainstream-Keynesianismus etablierte sich eine Makroökonomik, in der keynesianische Elemente in die neoklassische Gleichgewichtstheorie integriert wurden. Dies wird auch **neoklassische Synthese** genannt. Makroökonomik untersucht den Forschungsgegenstand Wirtschaft mit Hilfe von Aggregaten wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Wachstum. Zentrales Konzept des Mainstream-Keynesianismus ist die **effektive Nachfrage**, d. h. die Kaufkraft. Entgegen dem Say'schen Gesetz findet in Krisenzeiten Angebot keine Nachfrage: ganze Wohnbauprojekte an Spaniens Küste wurden beispielsweise nach der Immobilienkrise 2008 abgebrochen. Weiter sind für Keynes Menschen komplexe Wesen, vielschichtig, keinesfalls bloß rational und nutzenmaximierend. Sie entscheiden oft auf Grundlage von Faustregeln, z. B. „Verkaufe, bevor andere verkaufen“. Dies kann dazu führen, dass Aktien rasant und von allen gleichzeitig verkauft werden, was zu Panikreaktionen, Kurseinbrüchen und Finanzkrisen führen kann. Einzelwirtschaftliches Handeln führt dann nicht zum gewünschten gesamtwirtschaftlichen Ergebnis. Um dies zu verhindern oder abzumildern, braucht es eine strenge Regulierung der Finanzmärkte sowie eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die die effektive Nachfrage stabilisiert. Bei einer **antizyklischen Fiskalpolitik** spart der Staat im Wirtschaftsaufschwung und investiert im Wirtschaftsabschwung, sei dies durch Einkommenspolitik, die private Haushalte unterstützt, oder durch öffentliche Investitionspolitik, die private Investitionszurückhaltung kompensiert.

Keynes folgend sind marktwirtschaftliche Gleichgewichte Ausnahmesituationen, Abweichungen vom Gleichgewicht der Normalzustand. Moderne Ökonomien sind keine Tauschökonomien, sondern **Geldwirtschaften**, in denen

Kredite Investitionen und Vollbeschäftigung ermöglichen. Sparen, im neoklassischen Denken eine Tugend und die Voraussetzung für Investitionen, ist für Keynes ein Problem, weil es eine unproduktive Klasse, die Rentiers, am Leben erhält. Diese vermehren ihr Kapital nicht durch produktive Investitionen, sondern z. B. durch Finanz- und Immobilienanlagen. Keynes war, wie auch die Vertreter der klassischen Nationalökonomik, ein scharfer **Kritiker der Rentiers**, die ihr Einkommen aus dem Besitz von Vermögen beziehen und keiner unternehmerischen Tätigkeit nachgehen. Kapitalverkehrskontrollen, d. h. die Beschränkung globaler Finanzmärkte, erlauben langfristig niedrige, möglichst nahe bei null liegende Zinsen. Dies kann zum „sanften Tod der Rentiers“, d. h. dem Verschwinden gesamtwirtschaftlich nicht notwendiger Spekulation, führen. Niedrige Zinsen würden geplante öffentliche Investitionen, v. a. zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung, erleichtern. Als Architekt der britischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg setzte Keynes einige dieser Ideen um.⁴⁰

Feministische Ökonomik

Die feministische Ökonomik, die u. a. von Julie Nelson, Marilyn Waring und Diane Elson vertreten wird,⁴¹ fokussiert auf den zentralen, in allen anderen ökonomischen Schulen aber weitgehend ignorierten Wirtschaftsbereich der unbezahlten Tätigkeiten, der erfolgreiches Marktwirtschaften überhaupt erst ermöglicht. Zentrale Tätigkeiten in diesem Bereich fallen u. a. unter den Begriff der **Care-Arbeit (Sorgearbeit)**, d. h. Tätigkeiten der Fürsorge, des Pflegens und Sich-Kümmerns (Kinderbetreuung, Altenpflege, familiäre Unterstützung, häusliche Pflege, Hilfe unter Freund:innen). Dieser Bereich bildet die unsichtbare Grundlage funktionierender Gesellschaften, auch in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Daher verwendet die feministische Ökonomik einen weiten Arbeitsbegriff, der unbezahlte, aber für die Grundversorgung wesentliche Tätigkeiten mit einschließt. Jene Arbeiten, die derzeit im Verborgenen stattfinden, müssen nicht nur anerkannt, sondern auch aufgewertet werden. Der „produktive“ Teil der Wirtschaft setzt nämlich „reproduktive“ Bereiche voraus und ist von diesen abhängig. Deshalb hinterfragt, analysiert und kritisiert die feministische Ökonomik Dualismen wie produktiv und reproduktiv sowie öffentlich und privat, denn diese verschleiern **Geschlechterverhältnisse**, insbesondere die ungleiche geschlechtliche Arbeitsteilung. Intersektionalität bezeichnet das Ineinandergreifen unterschiedlicher Ungleichheitsverhältnisse, v. a. von Geschlecht, Klasse und Herkunft.

Da sich *Geschlechterverhältnisse* so wie Produktionsverhältnisse verändern, nehmen sie historisch unterschiedliche Formen an. Ein historisch bedeutsames, bis heute teilweise andauerndes Geschlechterverhältnis ist das Patriarchat, das auf der Unterordnung von Frauen unter Männer basiert. Liberale feministische Ökonom:innen fokussieren auf Chancengleichheit, z. B. in Bezug auf gleiches Gehalt (*equal pay*), und manchmal auch auf repräsentative Quoten. Andere

Stränge der feministischen Ökonomik fordern weitreichendere Maßnahmen wie z. B. verkürzte Erwerbsarbeitszeiten und eine gerechtere Verteilung auch der unbezahlten Arbeiten.

Umweltökonomik

Die Umweltökonomik verwendet die Methoden und Konzepte der Neoklassik, v. a. Externalitäten und Optimierung, um Umweltprobleme zu lösen. Bekannte Vertreter sind William Nordhaus und Nicholas Stern.⁴² Sie beschäftigt sich mit der optimalen Allokation knapper Umweltressourcen für verschiedene Verwendungsmöglichkeiten. Ziel ist **Kostenwahrheit durch die Internalisierung externer Kosten**, was mit der Umsetzung des Verursacherprinzips erreicht wird. Wirtschaftspolitische Maßnahmen (Instrumente) sind Abgaben, Steuern oder die Schaffung neuer Märkte, was die Kommodifizierung, das Zur-Ware-Machen, ehemals freier Güter wie Luft und Wasser bedeutet. Das bekannteste Beispiel ist der Handel mit Emissionszertifikaten im Rahmen des *Emission Trading Systems* (ETS). Die Umweltökonomik basiert auf dem Konzept der **schwachen Nachhaltigkeit** (vgl. S. 20). Verschiedene Kapitalsorten wie Sachkapital (z. B. Maschinen, Warenlager), Humankapital (z. B. Wissen) und Naturkapital (z. B. Biotop) sind zwar verschieden. Mittels einer Maßgröße, nämlich Geldeinheiten, werden sie jedoch vergleich- und gegenseitig substituierbar, d. h. gegeneinander austauschbar. Der in Geld bewertete Gesamtwert des Kapitalbestands (die Summe aller Kapitalsorten) soll zumindest konstant gehalten und wenn möglich erhöht werden. Dem Prinzip der Austauschbarkeit folgend stellt ein schrumpfendes Naturkapital kein Problem dar, solange gleichzeitig das Sachkapital steigt. Diese Annahme ist Grundlage für Nutzen-Kosten-Analysen (vgl. Box *Nutzen-Kosten-Analyse*).

Nutzen-Kosten-Analyse

Die *Nutzen-Kosten-Analyse* ist eine Form der Bewertung der Effizienz von Projekten oder Politiken.

Ein Beispiel ist die mögliche Schließung eines Kohlekraftwerks. Eine Nutzen-Kosten-Analyse berechnet die gesamten Kosten (v. a. CO₂-Emissionen und Luftverschmutzung) und den gesamten Nutzen (z. B. Verbesserung der Luftqualität, Reduktion von Treibhausgasemissionen), der durch die Schließung des Kraftwerks im Vergleich zu einer alternativen Stromproduktion (z. B. Photovoltaik) entsteht. Diese Kosten und Nutzen werden zuerst quantifiziert und danach monetarisiert, indem ökologische, soziale und wirtschaftliche Vor- und Nachteile in Geldeinheiten bewertet werden. Unsicherheiten werden zu **quantifizierbaren Risiken**, Ungewissheiten (z. B. Wirkungen, die nicht berücksichtigt werden können) werden ausgewiesen. Die Schließung des Kraftwerks „rechnet“ sich, wenn die Gesamtkosten der Weiterführung den Gesamtnutzen der Schließung übersteigen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Zuschreibung monetärer Werte nicht einfach ist. Welche Kosten entstehen der Allgemeinheit durch frühzeitige Todesfälle, die durch die Luftverschmutzung des Kraftwerks verursacht und durch eine Kraftwerksschließung reduziert werden können? Sind die Kosten bei jungen und gebildeten Menschen höher als bei Pensionierten, und welcher Wert wird unterschiedlichen Personengruppen zugeordnet? Derartige ethische, rechtliche und organisatorische Bedenken finden in der Nutzen-Kosten-Analyse nur

dann eine Berücksichtigung, wenn die privaten Haushalte diese Dimensionen wahrnehmen und mit entsprechenden quantifizierbaren Wertschätzungen versehen.

Mittels **Diskontierung** wird der heutige Wert zukünftiger Zahlungen errechnet. Bei diesem finanzmathematischen Berechnungsverfahren wird angenommen, dass heutige Nutzeffekte und Kosten mehr wert sind als jene in der Zukunft. Diese Abzinsung zukünftiger Kosten und Nutzen auf einen gegenwärtigen „Barwert“ hängt vom angenommenen Diskontsatz ab. Ein hoher Diskontsatz vermindert die relative Bedeutung der Zukunft, während bei einem „Null-Zins“-Diskontsatz das geschätzte Leid und Wohlbefinden zukünftiger Generationen genau so viel wiegt wie Kosten und Nutzen heute. So verwendeten z. B. zwei bekannte Umweltökonominnen unterschiedliche Diskontsätze, um die Kosten des Klimawandels zu errechnen. William Nordhaus diskontierte die Kosten der Klimaveränderungen mit 4,5 % pro Jahr, was den Zinssätzen zur Zeit seiner Berechnung entsprach. Nicholas Stern hingegen kalkulierte die Kosten mit 1,5 %, wodurch sich deutlich höhere Kosten zukünftiger Schäden ergaben als bei Nordhaus. Beharrende Kräfte berufen sich auf Nordhaus, Umweltschützer:innen auf einen Nullzinssatz.

Diese Berechnungen verlieren weiter an Eindeutigkeit, wenn verschiedene Gruppen und Generationen von externen Effekten unterschiedlich betroffen sind: Anrainer:innen von Flughäfen erleiden die Nachteile eines Ausbaus, die Tourismusbranche erwartet sich Umsatzsteigerungen. Auch die Berücksichtigung von Langzeiteffekten und die Quantifizierung komplexer Phänomene sind schwierig: Wie ist der Verlust von Arten, Grundwasser oder Ökosystemen sowie die Erwärmung des Planeten zu kalkulieren? Was ist der Preis für die Rettung bedrohter Arten? Wer trägt schlussendlich die Kosten?

Ökologische Ökonomik

In der ökologischen Ökonomik, die u. a. von Nicholas Georgescu-Roegen († 1994), Herman Daly († 2022), Clive Spash, Sigrid Stagl und Julia Steinberger vertreten wird,⁴³ bilden ein funktionierendes Ökosystem und eine funktionierende Gesellschaft die Grundlage menschenfreundlichen Wirtschaftens. Wirtschaft ist demnach ein in Gesellschaft und diese wiederum in Natur eingebettetes System. Die ökologische Ökonomik orientiert sich an der sozialen Ökologie und der politischen Ökologie und grenzt sich von der Neoklassik sowie der Umweltökonomik ab. Sie untersucht die Möglichkeiten von **stabilen Ökonomien** (*steady-state economies*), die nicht auf Wachstum angewiesen sind.

Dabei geht sie vom Konzept der **starken Nachhaltigkeit** (vgl. S. 20) aus. Demnach ist wirtschaftliches und soziales Leben von unersetzbaren, miteinander verwobenen Ökosystemen abhängig. Natur besteht aus komplexen Ökosystemen, die menschliche Gesellschaften mit lebensnotwendigen Funktionen und Diensten versorgen. Ökologische, soziale und ökonomische Prozesse sind in vielerlei Hinsicht **inkommensurabel**. Das impliziert eine bestimmte Art von Unvergleichbarkeit. Inkommensurables ist verschieden: Straßen sind keine Wälder, Korallenriffe sind keine Auen. Diese Objekte haben darüber hinaus auch keine gemeinsame Messgröße, mit der Verschiedenes vergleichbar gemacht wird, auch nicht Geld. Diese Unmöglichkeit einer gemeinsamen Messgröße resultiert u. a. aus der Unersetzbarkeit bestimmter ökologischer Prozesse. Ein wirksames Süßwassermanagement kompensiert die Folgen von Artensterben und Erderhitzung nicht. Ein lebensfreundliches Klima, d. h. die Beschrän-

kung der Erderhitzung, ist Voraussetzung zukunftsfähigen Wirtschaftens und nicht austauschbar gegen soziale und ökonomische Verbesserungen. Es gibt qualitative Unterschiede zwischen hergestelltem Kapital und Natur: Ersteres ist reproduzierbar (es kann wiederhergestellt werden), die Zerstörung der Natur ist aber oft irreversibel (sie kann nicht rückgängig gemacht werden). Neue T-Shirts können produziert, neue Brücken können gebaut werden. Wenn hingegen eine Spezies ausgestorben ist, kann sie nicht wiederhergestellt werden. Aus den Fischen eines Aquariums kann eine Fischsuppe gemacht werden, aus einer Fischsuppe aber keine Fische für ein Aquarium.

Wirtschaftliche Aktivitäten sind mit absoluten biophysischen Grenzen konfrontiert, deren Überschreiten gefährlich ist. Daher berücksichtigt die ökologische Ökonomik Unsicherheit und Unwissen und beruht auf dem **Vorsorgeprinzip**: Mögliche Schäden bzw. Belastungen für Umwelt und menschliche Gesundheit sind zu vermeiden oder zu verringern, selbst wenn ihr Eintreten nicht ganz sicher ist. In der ökologischen Ökonomik wird zwischen verschiedenen Alternativen, die keine gemeinsame Maßgröße haben, abgewogen (Deliberation), z. B. mit einer Multi-Kriterien-Analyse (vgl. Box *Multi-Kriterien-Analyse*).

Multi-Kriterien-Analyse

Die Multi-Kriterien-Analyse arbeitet **multiperspektivisch**. Sie nutzt und bewertet eine Vielzahl unterschiedlicher Kriterien für die Entscheidungsfindung und berücksichtigt unterschiedliche Werthaltungen, Annahmen und Interessen sowie wissenschaftliche Daten verschiedener Disziplinen.

Zum Beispiel des Kohlekraftwerks: In einem ersten Schritt werden unterschiedliche Kriterien für Beschäftigung, Energiepreise, Schutz von Arten, Luftqualität, Wohlbefinden, Lärmbelastung, Steuereinnahmen, CO₂-Bilanz und anderes festgelegt. Einige dieser Kriterien sind inkommensurabel. In einem zweiten Schritt werden diese Kriterien operationalisiert. Da nicht alles einen Geldwert hat, erfolgt dies sowohl quantitativ (z. B. Errechnen von zusätzlichen Steuereinnahmen oder CO₂-Emissionen) als auch qualitativ (z. B. mittels Fokusgruppendifkussionen zu den potentiellen Auswirkungen eines Kraftwerks auf das Wohlbefinden der Anrainer:innen). Die einzelnen **Kriterien werden am Ende gewichtet**. Sind höhere Steuereinnahmen ebenso wichtig wie saubere Luft? Warum oder warum nicht? Damit fördert die Multi-Kriterien-Analyse Lernprozesse und schafft Transparenz, indem sie offenlegt, welche Kriterien wie gewichtet werden und warum.

Inkommensurabilitäten werden nicht aufgelöst, wohl aber Prioritäten gesetzt. Z. B. könnte der Schutz von Arten höher gewichtet werden als die Schaffung von Arbeitsplätzen (oder umgekehrt). Lösungswege werden aufgezeigt und Szenarien entwickelt, die für verschiedene Akteure unterschiedlich vorteilhaft sind. Möglichkeiten, die Verlierenden zu entschädigen, werden diskutiert.

Die Stärke der Multi-Kriterien-Analysen ist gleichzeitig ihre Schwäche. Da Kriterien festgelegt werden müssen und Partizipation ermöglicht wird, gibt es Raum für Interpretation bis hin zur Manipulation. Wer wird beteiligt? **Was sind Kriterien des Auswählens, Abwägens und Entscheidens?** Wie ist mit dem Spannungsfeld Wissenschaft–Politik umzugehen, in welchem Machtverhältnisse eine zentrale Rolle spielen: Höher gebildete Personen haben oft mehr Selbstbewusstsein in Gruppendiskussionen, können besser argumentieren und finden somit leichter Gehör. Organisationen, die über Ressourcen verfügen und mit einflussreichen Akteuren in Wirtschaft und Politik vernetzt sind, können besser lobbyieren.

Tabelle 1: Zusammenfassung der ökonomischen Theorieschulen

	Wirtschaftliche Entwicklungstheorien	Klassische Nationalökonomik	Marxistische Politische Ökonomik	Neoklassik	Österreichische Schule	Keynesianismus	Feministische Ökonomik	Umweltökonomik	Ökologische Ökonomik
Verständnis von Ökonomik	Kontextspezifische und interdisziplinäre Erfahrungswissenschaft	Politische Ökonomik	Politische Ökonomik	Formales Verständnis von Ökonomik (mathematische Modellbildung)	Politische Ökonomik	Politische Ökonomik	Politische Ökonomik	Formales Verständnis von Ökonomik (mathematische Modellbildung)	Politische Ökonomik
Zentrale Problemstellung	Erhöhung des gesellschaftlichen Wohlstands	Erhöhung des gesellschaftlichen Wohlstands	Produktivkraftentfaltung basierend auf Ausbeutung von Arbeitskraft durch Kapital	Optimierung und Allokation knapper Ressourcen	Selbstorganisierte Koordination zwischen Individuen über Märkte	Umgang mit gesamtwirtschaftlichen Instabilitäten	Unsichtbarkeit eines Teils der Wirtschaft, ungleiche Geschlechterverhältnisse	Allokation knapper (Umwelt-)Ressourcen unter der Annahme schwacher Nachhaltigkeit	Absolute biophysische Grenzen unter der Annahme starker Nachhaltigkeit
Ziele	Eigenständige nationale Wirtschaft- und Industriepolitik	Laissez faire, Besteuerung von Grundbesitzern (Rentiers)	Überwindung des Kapitalismus, der notwendigerweise auf Ausbeutung beruht und Krisen produziert	Laissez faire, aber Behebung von Marktversagen	Staat schafft Märkte und schützt sie vor Mehrheitsentscheidungen und Expertise	Regulierung der Finanzmärkte, „sanfter Tod der Rentiers“, antizyklische Wirtschaftspolitik	Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse verändern, Erwerbsarbeitszeitverkürzung, Arbeit umverteilen	Staatliche Interventionen zur Internalisierung externer Kosten	Steady-state economies